

★ **PROTECT**our**FUTURE**.eu

SCHÜTZT DIE MENSCHEN, NICHT DAS SYSTEM

# ***Die Coronakrise und ihre Folgen für die europäische Politik***

Party of the European Left (EL)

Square de Meeûs, 25

1000 Bruxelles

info@european-left.org

T. +32 (0)2 50 22 606/616

F. +32 (0)2 50 20 173

<http://www.european-left.org/>

Credits:

Riccardo Parreggiani 4, 6, 11

Andrea Barcaccia 10, 12

Juli 2020

Mit finanzieller Unterstützung des Europäischen Parlaments

## PRÄAMBEL

**Die Gesundheitskrise, mit der die Welt konfrontiert ist, enthüllt eine strukturelle Krise, die bereits bestand und die die Partei der Europäischen Linken (EL) beständig offengelegt hat. Nach der Explosion von Covid-19 hat es sich die EL zur Aufgabe gemacht, ein alternatives Modell für Europa vorzuschlagen. Dafür wurde eine Plattform geschaffen. Dabei konzentrieren wir uns nicht nur auf Lösungen für die aktuelle Krise, sondern auf eine langfristige Strategie zur öffentlichen, sozialen und ökologischen Transformation der Wirtschaft. Es ist wichtig, die Rolle der europäischen und globalen Institutionen zu überdenken, Investitionen in Richtung eines sozialen Green New Deals sicherzustellen und die Arbeitnehmer\*innen zu schützen: für eine Zukunft, die an den menschlichen Bedürfnissen ausgerichtet und nicht nur dem Profit unterworfen ist.**

Die durch die COVID-19-Pandemie verursachte Situation ist ein Schock für die gesamte Menschheit. In fast allen Ländern wurden drastische Maßnahmen ergriffen, um zu verhindern, dass Menschen an der Krankheit erkranken, und um die Pandemie einzudämmen. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um die Bevölkerung zu schützen. Diese Maßnahmen müssen koordiniert werden. Allerdings fehlt bislang eine wirksame europäische Koordinierung durch die europäischen Institutionen ebenso wie eine globale Antwort. Dadurch werden die am stärksten betroffenen Länder alleingelassen. Das Risiko besteht daher darin, dass die Politik im Allgemeinen und der Stabilitätspakt im Besonderen die Solidarität zwischen den Ländern bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise einschränkt und die Dichotomie zwischen den privilegierten Ländern und den Ländern, die bereits in der Vergangenheit von Sparmaßnahmen betroffen waren, vertieft.

Die Ausbreitung von COVID-19 hat erhebliche Konsequenzen für die Wirtschaft: Sie beschleunigt die Krise der neoliberalen Globalisierung als hegemonialem Gesellschaftsmodell und beschleunigt den Umstrukturierungsprozess des Kapitalismus. Die Coronavirus-Pandemie zeigt deutlich das Scheitern des vorherrschenden neoliberalen Wirtschafts- und Sozialmodells. Infolge der neoliberalen Sparpolitik und der damit einhergehenden Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen sind die Gesundheitssysteme nicht in der Lage, den öffentlichen Bedürfnissen in einer Pandemie gerecht zu werden.

Die Partei der Europäischen Linken (EL) fordert sofortige Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen der Krise und eine radikale Änderung der Politik, um einen neuen Weg für die Entwicklung der Gesellschaft einzuschlagen, bei dem die Menschen im Mittelpunkt stehen.

Einige Maßnahmen auf nationaler Ebene zum Schutz der am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen, wie beispielsweise in Spanien, gehen schon in die richtige Richtung, doch es sind weitere umfassende Initiativen in folgenden fünf

Schwerpunktbereichen erforderlich. In erster Linie muss alles getan werden, um die Menschen zu schützen. Eine öffentliche, soziale und ökologische Transformation der Wirtschaft ist dringend erforderlich. Demokratische Institutionen und Rechte dürfen durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise nicht in Frage gestellt werden. Im Gegenteil, in schwierigen Zeiten wie diesen müssen Demokratie und Bürgerrechte verteidigt und ausgebaut werden. Im Hinblick auf die globale Dimension der Krise gibt es keine andere Antwort als internationale Solidarität: Jetzt ist die Zeit für eine neue Initiative zur Abrüstung und für Entspannungspolitik.

## ***Wirtschaftliche Erholung und sozial-ökologische Transformation***

**Als sofortige Maßnahme brauchen wir mehr Investitionen in öffentliche Dienstleistungen.**

Erstens müssen wir der Sparpolitik ein Ende setzen, indem wir den Stabilitäts- und Wachstumspakt vollständig abschaffen. Europa sollte dieses Instrument hinter sich lassen, da es dazu verwendet wird, den öffentlichen Ausgaben Sparmaßnahmen aufzuerlegen. Damit werden das Gesundheitswesen und andere öffentliche Dienstleistungen zum Nachteil der Bevölkerung untergraben, die jetzt in der Coronavirus-Krise unter den Folgen dieser Politik leidet.

Die Europäische Zentralbank (EZB) sollte das Instrument sein, mit dem die enormen Ressourcen, die zur Bewältigung des immensen sozialen, wirtschaftlichen und medizinischen Notstands erforderlich sind, bereitgestellt werden können. **Das Geld der EZB sollte dazu verwendet werden, den Menschen dabei zu helfen, aus dem medizinischen Gesundheitsnotstand herauszukommen und die Folgen der Krise zu bekämpfen und nicht dafür, die Kapitalrendite aufrechtzuerhalten.** Die EZB muss ihre Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung übernehmen und alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um Finanzspekulationen zu verhindern. **Voraussetzung ist, dass die nationalen Maßnahmen koordiniert werden können und ein starkes solidarisches System zur Bewältigung der Coronavirus-Krise eingerichtet wird.** Sowohl die EZB als auch die Nationalbanken sollten eingesetzt werden, um die Ausgaben für soziale Dienste und den Schutz der Bevölkerung zu erhöhen.

Darüber hinaus muss die EZB einen europäischen Investitionsplan finanzieren, der die Beschäftigung fördern und eine sozial-ökologische Transformation von Produktion und Wirtschaft gewährleisten kann. **Wir brauchen ein Programm für den produktiven Wiederaufbau, einschließlich der Rückverlagerung strategischer Industrien. Wir fordern einen Europäischen Wiederaufbaufonds, der durch Anleihen finanziert wird, die vom Fonds selbst oder von der Europäischen Investitionsbank ausgegeben und von der EZB erworben werden.** Gleichzeitig sollte der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) abgeschafft werden, der eine unnötige und schädliche Möglichkeit darstellt, in die öffentlichen Haushalte der verschiedenen europäischen Länder einzugreifen.

Das deutsche Verfassungsgericht stellte die Zuständigkeiten sowohl der EZB als auch des luxemburgischen Gerichts in Frage und ignoriert die wirtschaftlichen Erfordernisse, die wir für die europäische Entwicklung benötigen. Sein Urteil stellt für uns nichts anderes als die

Kehrseite von Austerität und des neoliberalen Projekts dar. Es dient dazu, Solidaritätsmaßnahmen entgegenzuwirken und sie zu verhindern und alle Bemühungen für ein soziales Europa zu untergraben.

**Wir schlagen ein allgemeines Moratorium für die öffentlichen Schulden vor. Darüber hinaus schlagen wir eine europäische Konferenz über die Staatsverschuldung und eine offene Diskussion über die Kriterien für die Klassifizierung von Schulden vor.**

Die COVID-19-Krise zeigt, dass der Markt sich überhaupt nicht um die Bedürfnisse der Bürger\*innen kümmert. Er ist nicht einmal in der Lage, das lebensnotwendige Minimum zu gewährleisten. Wir wollen die Wiederherstellung einer zentralen Rolle der öffentlichen Dienste, die während der Privatisierungsphase in allen Sektoren verloren gegangen ist: im Kreditsystem, bei den strategischen Produktionen, in der Forschung und bei den Dienstleistungen. Wir brauchen ein Wirtschaftsmodell, das sich auf das Gemeinwohl konzentriert. Die immense Kapitalakkumulation bei einigen wenigen muss gestoppt werden. *Für die vielen, nicht nur für die wenigen!*

**Die Finanzierung der steigenden Sozialausgaben und der Investitionen in die Transformation der Industrie erfordert eine Politik der Steuergerechtigkeit: Wir fordern ein neues Steuererhebungsmodell, das große Kapitalien und große Vermögen progressiv besteuert und Steueroasen in und außerhalb der EU schließt.** Eine Steuer auf GAFAM (Google, Apple, Facebook, Amazon, Microsoft) und auf NATU (Netflix, Airbnb, Tesla, Uber) ist erforderlich.

Die Krise bietet genügend Gründe, um das derzeitige sozio-ökonomische Modell in Frage zu stellen und die Politik radikal zu verändern. Eine Veränderung ist auch deshalb notwendig, weil wir enormen ökologischen Herausforderungen wie dem Klimawandel gegenüberstehen, die sehr weitreichende soziale Auswirkungen haben. **Für die Linke ist der Zusammenhang zwischen ökologischen Anforderungen und sozialen Bedürfnissen von entscheidender Bedeutung. Wir brauchen eine grüne Transformation der Industrie, aber wir müssen auch die von diesem Prozess betroffenen Arbeitnehmer\*innen und Angestellten schützen.** Das Konzept „Just transition“ (gerechter Übergang), wie es vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) gefordert wird, zielt darauf ab, den ökologischen Übergang mit sozialem Schutz zu verbinden.. **Wir brauchen eine neue Industriepolitik mit neuen Konzepten von Energie und Mobilität.** Wir brauchen einen Plan für eine ökologische und soziale Transformation der Wirtschaft, der eine vollständige und gute Beschäftigung gewährleistet und die Rechte aller schützt, beginnend mit der Gleichstellung der Geschlechter. Aus Sicht der Linken muss eine neue Industriepolitik die direkte Beteiligung der Arbeitnehmer\*innen einschließen und daher mit einer Demokratisierung der Wirtschaft verbunden sein.

## NIEMAND WIRD ZURÜCKGELASSEN

Die COVID-19-Pandemie zeigt, dass unsere Gesellschaft eine neue soziale und ökologische Transformation braucht. Die Vorstellung, dass der Markt diese Krise lösen könne, ist eine Illusion und die Notstandsrhetorik dient als Vorwand für den Abbau demokratischer und sozialer Rechte.

Wir brauchen einen sozialen *Green New Deal*, der über die kapitalistischen Grenzen hinausgeht.

Through a Platform, Mit einer Plattform hat sich die Partei der Europäischen Linken der Aufgabe angenommen, ein alternatives Modell für Europa vorzuschlagen: Wir müssen nicht nur die Rolle der europäischen und globalen Institutionen überdenken, sondern wir sind heute dazu aufgerufen, uns intensiv dafür einzusetzen, die Menschen zu schützen.

Party of the European Left (EL)

Square de Meeûs, 25

1000 Bruxelles

info@european-left.org

T. +32 (0)2 50 22 606/616

F. +32 (0)2 50 20 173

<http://www.european-left.org/>

Mit finanzieller Unterstützung des Europäischen Parlaments